in einer Vielzahl von Entscheidungen dargelegt, welche Anforderungen in derartigen Verfahren an die Aufklärung des Sachverhalts und an die Beweiswürdigung zu stellen sind. Aus diesen Materialien ergibt sich folgendes:

Die Gerichte sind verpflichtet, jeden von den Prozeßparteien angebotenen Beweis zu erheben, wenn die behaupteten Tatsachen, für deren Richtigkeit das Beweismittel angeboten wird, für die Entscheidung des Rechtsstreits erheblich und beweisbedürftig sind.¹⁰

War es nicht möglich, durch bereits erhobene Beweise Widersprüche aufzuklären, dann sind weitere Beweise zu erheben. Das Gericht darf nicht ohne begründete Anhaltspunkte davon ausgehen, daß weitere mögliche Beweiserhebungen die Behauptungen einer Prozeßpartei nicht „erhärten“ könnten.¹¹

Um seiner Verantwortung zur Feststellung der objektiven Wahrheit gerecht zu werden, hat das Gericht unabhängig von der Mitwirkungspflicht der Prozeßparteien und dem Beweisantritt einer Prozeßpartei von sich aus alle für die Aufklärung des für die Entscheidung erheblichen Sachverhalts wesentlichen und verfügbaren Beweise zu erheben. Erst dann, wenn nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten dennoch Zweifel an einem Geschehensablauf bestehen bleiben — also die objektive Wahrheit nicht festgestellt werden konnte — darf eine Entscheidung entsprechend dem Risiko der Beweislosigkeit getroffen werden.¹²

Bei der Beweiserhebung sind die verfahrensrechtlichen Vorschriften zu beachten. Ihre Anwendung sichert, daß die Prozeßparteien und andere Verfahrensbeteiligte ihre Rechte und Pflichten bei der Aufklärung des Sachverhalts voll wahrnehmen können. Damit dient die strikte Befolgung der Prozeßvorschriften der Feststellung der objektiven Wahrheit.¹³ Die Beweise sind stets auf der Grundlage einer vom Gericht zu erlassenden Beweisanordnung zu erheben (§ 54 Abs. 1 Satz 1 ZPO). Bei der Anordnung der Beweisaufnahme ist zu beachten, daß Feststellungen zu unaufgeklärten Tatsachen oder zu streitigem Tatsachenvorbringen nur durch die Verwertung zulässiger Beweismittel getroffen werden dürfen.^{14 15}

In vielen Verfahren sind Zeugen zu vernehmen. Können dabei die Aussagen eines Zeugen allenfalls im Zusammenhang mit weiteren Feststellungen zur Überzeugung des Gerichts von der Richtigkeit der Behauptung einer Prozeßpartei führen, dann muß die Sachaufklärung durch die Erhebung weiterer Beweise fortgesetzt werden.

Im Interesse einer rationellen Arbeitsweise und zur Vermeidung von Arbeitsausfall sollte das Gericht stets prüfen, ob es möglich ist, davon abzusehen, Zeugen zur mündlichen Verhandlung zu laden und ihnen statt dessen aufzugeben, schriftliche, mit der Versicherung der Richtigkeit versehene Erklärungen zu bestimmten Beweisfragen einzureichen (§§ 33 Abs. 2 Ziff. 6, 53 Abs. X Ziff. 1 ZPO). Schriftliche Erklärungen von Zeugen sind jedoch dann nicht ausreichend, wenn der Sachverhalt in sich unklar ist, weil völlig unterschiedliche Behauptungen der Prozeßparteien vorliegen. In einem solchen Fall sind die Zeugen vom Gericht zu vernehmen, damit auch die Prozeßparteien Fragen an sie stellen und ihnen Vorhaltungen machen können. Schriftliche Erklärungen von Zeugen können einer gerichtlichen Entscheidung dann nicht zugrunde gelegt werden, wenn sie keine oder nur unzulängliche Aussagen zu wichtigen, aufklärungsbedürftigen Einzelheiten einer Parteibeauptung enthalten.¹⁶

Auch Sachverständigengutachten sind vom Gericht grundsätzlich im Rahmen einer gemäß §§ 54 Abs. 1 Satz 1, 59 ZPO angeordneten Beweisaufnahme beizuziehen.¹⁷ Ein dem Gericht von einer Prozeßpartei vorgelegtes Gutachten reicht in der Regel für die Aufklärung und Feststellung des Sachverhalts nicht aus. Das gilt insbesondere dann, wenn die andere Prozeßpartei gegen ein solches Gutachten Einwendungen erhebt.¹⁸ Der von einer Prozeßpartei überreichten gutachterlichen Stellungnahme kann grundsätzlich nur die Bedeutung einer Parteierklärung beigemessen werden.¹⁹

Nach § 62 ZPO darf eine Parteivernehmung nur dann angeordnet werden, wenn es nicht möglich ist, den Sachverhalt auf andere Weise aufzuklären, wenn also andere Beweismittel nicht zur Verfügung stehen.²⁰ Erweist sich die Vernehmung von Prozeßparteien als erforderlich, so ist zu den Behauptungen der einen Prozeßpartei grundsätzlich die andere Prozeßpartei zu vernehmen.

Die mündliche Konsultation von Bürgern, staatlichen Organen, Betrieben oder gesellschaftlichen Organisationen durch das Gericht ist keine zulässige Beweiserhebung, weil ein solches Beweismittel gesetzlich nicht vorgesehen ist. Dagegen können gemäß § 53 Abs. 1 Ziff. 6 ZPO schriftliche Auskünfte von staatlichen Organen, Betrieben oder gesellschaftlichen Organisationen eingeholt und als Beweismittel verwendet werden. Sieht das Gericht nach § 65 Abs. 1 ZPO in Zivilsachen

Bei anderen gelesen

Britische Variante der BRD-Berufsverbote

Die britische Regierung will künftig schärfer als bisher gegen „subversive Gruppen“ und deren „Sympathisanten“ im öffentlichen Dienst Vorgehen. Zu diesem Zweck erhalten die Behörden erweiterte Befugnisse, mit deren Hilfe sie Staatsangestellte, die ihnen bedenklich erscheinen, aus dem Dienst entfernen können.

Nach der neuen Regelung kann jedermann aus dem Dienst entlassen werden, der einer Gruppe angehört oder zuneigt, die ein Minister für „subversiv“ hält. Unter „subversiven Gruppen“ faßt die britische Variante des Radikalenerlasses dabei solche Gruppen, „deren Ziel es ist, die parlamentarische Demokratie im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland durch politische Mittel, durch Maßnahmen im Arbeitsbereich oder durch Gewalttätigkeit zu untergraben oder zu beseitigen“. Dies bedeutet unter anderem, daß Minister nach eigenem Gutdünken Gewerkschafter von Regierungseinrichtungen fernhalten können. Auch der Anwendungsbereich des Erlasses wurde ausgeweitet und umfaßt nun das gesamte Post- und Telefonwesen, die Polizei, die Atomindustrie und sogar private Firmen, die an Regierungsprojekten beteiligt sind.

Bei der britischen Unken und im Gewerkschaftslager wurde der neue Erlaß spontan als ein „Import des deutschen Berufsverbots nach Großbritannien“ eingestuft und verurteilt. Labour's Schatten-Innenminister Gerald Kaufmann ... warnte vor der Tendenz der Tory-Regierung, alle Ansichten „subversiv“ zu nennen, die ihr nicht in den Kram paßten.

(Aus: Frankfurter Rundschau [Frankfurt am Main] vom B. April 1985)

und in Verfahren zur Abänderung von Unterhaltsverpflichtungen im Einverständnis mit den Prozeßparteien von einer mündlichen Verhandlung ab, dann darf nur durch die Einsichtnahme in Urkunden oder durch die Einholung schriftlicher Auskünfte Beweis erhoben werden.²¹ Die Beweisaufnahme ist gemäß § 54 Abs. 1 Satz 4 ZPO zu protokollieren.²²

Die Gerichte haben die erhobenen Beweise unter Berücksichtigung des gesamten Inhalts der Verhandlung zu würdigen; dabei müssen sie sich allseitig mit dem Beweisergebnis und dem Tatsachenvorbringen der Prozeßparteien auseinandersetzen (§ 54 Abs. 5 ZPO). Die Beweiswürdigung darf nicht in sich widersprüchlich sein und gegen die Denkgesetze verstoßen.²³ Letzteres wäre dann der Fall, wenn aus dem Beweisergebnis logisch fehlerhafte Schlüsse gezogen würden.

Bei der Würdigung des Beweisergebnisses sind auch allgemeine Lebenserfahrungen, die keines Beweises bedürfen, zu

10 vgl. OG, Urteil vom 23. November 1916 - 2 OZK 20/76 - (NJ 1977, Heft 7, S. 213); OG, Urteil vom 26. Januar 1984 - 2 OZK 42/83 - (NJ 1984, Heft 6, S. 242).

11 Vgl. OG, Urteil vom 17. Februar 1981 - 3 OFK 4/81 - (NJ 1981, Heft 8, S. 374).

12 Vgl. OG, Urteil vom 13. Februar 1981 - 2 OZK 3/81 - (NJ 1981, Heft 9, S. 426).

13 von K. Marx stammt der bekannte Satz: „Zur Wahrheit gehört nicht nur das Resultat, sondern auch der Weg. Die Untersuchung der Wahrheit muß selbst wahr sein.“ (Marx/Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1964, S. 7).

14 Vgl. OG, Urteil vom 3. Februar 1984 - O AK 46/83 - (NJ 1984, Heft 5, S. 202). Die in zivil-, familien- und arbeitsrechtlichen Verfahren zulässigen Beweismittel sind in § 53 Abs. 1 ZPO umfassend aufgeführt.

Mit der besonderen Versicherung der Wahrheit versehene schriftliche Erklärungen, die von den Prozeßparteien beim Gericht eingereicht werden, sind nach § 53 Abs. 2 ZPO nur zur Glaubhaftmachung in solchen Fällen zulässig, in denen eine Glaubhaftmachung gesetzlich vorgesehen ist (vgl. z. B. §§ 14 Abs. 1 Satz 3, 16 Abs. 2 Satz 2 und 19 Abs. 1 ZPO).

15 Vgl. OG, Urteil vom 17. Februar 1981 - 3 OFK 5/81 - (NJ 1981, Heft 9, S. 423; OGZ Bd. 16 S. 188).

16 Vgl. OG, Urteil vom 3. Februar 1981 - 3 OFK 44/80 - (NJ 1981, Heft 9, S. 425).

17 Vgl. OG, Urteil vom 26. April 1977 - 2 OZK 7/17 - (NJ 1977, Heft 16, S. 567; OGZ Bd. 15 S. 110); OG, Urteil vom 28. April 1981 - 2 OZK 12/81 - (NJ 1982, Heft 1, S. 43; OGZ Bd. 16 S. 196).

18 Vgl. OG, Urteil vom 24. November 1981 - 2 OZK 33/81 - (NJ 1982, Heft 2, S. 90).

19 vgl. OG, Urteil vom 28. April 1981 - 2 OZK 12/81 - (NJ 1982, Heft 1, S. 43; OGZ Bd. 16 S. 196).

20 Vgl. OG, Urteil vom 19. Oktober 1976 - 1 OFK 16/76 - (NJ 1976, Heft 24, S. 755; OGZ Bd. 15 S. 67).

21 Vgl. OG, Urteil vom 3. Februar 1984 - O AK 46/83 - (NJ 1984, Heft 5, S. 202).

22 Zur Notwendigkeit der Protokollierung einer Ortsbesichtigung vgl. OG, Urteil vom 15. Mai 1979 - 2 OZK 13/79 - (NJ 1980, Heft 1, S. 45).

23 Vgl. OG, Urteil vom 11. April 1980 - O AK 4/80 - (NJ 1980, Heft 6, S. 279; OGA Bd. 9 S. 62); OG, Urteil vom 28. Juni 1983 - 3 OFK 22/83 - (NJ 1984, Heft 1, S. 29).